

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Kathi Petersen

Abg. Carolina Trautner

Abg. Günther Felbinger

Abg. Ulrike Gote

Abg. Otto Lederer

Staatssekretär Georg Eisenreich

Abg. Karl Freller

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Arif Taşdelen, Martin Güll u. a. (SPD)
Islamunterricht in deutscher Sprache dem Bedarf entsprechend ausbauen
(Drs. 17/4809)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Petersen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben heute noch einmal die Gelegenheit, unserem Antrag, den Islamunterricht in deutscher Sprache dem Bedarf entsprechend auszubauen, zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

In den Ausschüssen hat sich die CSU-Fraktion leider dagegen ausgesprochen. Aber Sie haben jetzt die Chance, die Offenheit und Veränderungsbereitschaft, die Sie heute in der Aktuellen Stunde so wortreich für sich in Anspruch genommen haben, unter Beweis zu stellen. Das dürfte Ihnen gerade bei diesem Thema nicht so schwerfallen; denn Sie haben schon einmal einen Schritt in die richtige Richtung getan.

Kaum zehn Jahre nach den ersten diesbezüglichen Anträgen im Landtag hat sich die Staatsregierung dazu durchgerungen, einen Modellversuch "Islamischer Unterricht" zu starten. Es sollte explizit kein islamischer Religionsunterricht nach Artikel 7 des Grundgesetzes sein. Dem standen rechtliche Probleme entgegen, vor allen Dingen die fehlende Anerkennung der islamischen Verbände als Religionsgemeinschaft. Man suchte und fand also eine pragmatische Lösung, den deutschsprachigen Islamunterricht, der

– ich zitiere aus einem Bericht des Kultusministeriums – die Entwicklung der religiösen Kompetenz der muslimischen Schülerinnen und Schüler unterstützen sollte.

Die Modellphase wurde zunächst bis 2014 befristet. Es haben sich 177 Grundschulen, 78 Mittelschulen, 4 Realschulen und 2 Gymnasien an diesem Modellversuch beteiligt. Damit hat man im Bereich der Grund- und Mittelschulen 19 % der muslimischen Schülerinnen und Schüler erreicht. Die durchgeführte Evaluation ergab, dass das Modell erfolgreich war. Die Akzeptanz des Islamunterrichts bei Eltern, Schülern und Lehrern war sehr hoch. Die Ziele, die man sich mit dem Modellversuch gesteckt hatte, nämlich die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler zu fördern, die Integration in die Gesellschaft zu unterstützen und die interreligiöse Dialogfähigkeit zu stärken, wurden erkennbar erreicht. Das hat die Evaluation ergeben. Die Konsequenzen: Das Modell ist erfolgreich. Die angestrebten Ziele werden erreicht. Also wird das Modell zur Regel. Das wäre logisch. Aber mit der Logik hat es die CSU offensichtlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr hat sie beschlossen: Der Modellversuch wird auf fünf Jahre verlängert. Warum? – Als Gründe wurden Hürden im Staatskirchenrecht genannt. Diese Hürden sind da, aber sie sind nicht neu. Genau deshalb wurde damals kein islamischer Religionsunterricht eingeführt, sondern ein Islamunterricht.

Das zweite Argument war, es gäbe nicht genügend Lehrkräfte. An der Universität Erlangen, wo die Lehrer für den Islamunterricht ausgebildet werden, heißt es aber, genügend personelle Kapazitäten seien vorhanden, um den Bedarf an Lehrern für eben diesen Unterricht zu decken. Das haben wir in unserem Antrag berücksichtigt; denn wir haben nicht ab sofort, sondern erst für das Schuljahr 2017/2018 die flächendeckende Einführung des Islamunterrichts beantragt. Außerdem: Kultusminister Dr. Spaenle, der Ihrer Partei angehört, hat sich für die Ausweitung des Islamunterrichts ausgesprochen und im letzten Jahr 37 zusätzliche Lehrerstellen zugesagt. Sie

haben ihn dabei nicht unterstützt; denn im Doppelhaushalt 2015/2016 tauchen diese Lehrerstellen nicht auf.

Die Integration ist keine Einbahnstraße. Wichtig dabei ist, dass auch wir andere Religionen anerkennen. Wir haben die Religionsfreiheit im Grundgesetz, und wir haben einen religiösen Pluralismus in Deutschland, auch in Bayern. Der Islam gehört auch zu Bayern. Deshalb gehört der Islamunterricht an die Schulen; denn er signalisiert den muslimischen Schülerinnen und Schülern, dass wir sie akzeptieren, wie sie sind. Außerdem schützt Bildung vor Fundamentalismus.

Der Islam gehört an alle Schulen. Selbst die bayerischen katholischen Bischöfe, die ja nicht genereller Neuerungssucht verdächtig sind, haben dies mittlerweile erkannt. Der Würzburger Bischof Hofmann hat kürzlich einen Islamunterricht auch für die Berufsschulen gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Es gibt keinen vernünftigen Grund, unseren Antrag abzulehnen. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat sich Frau Kollegin Trautner zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Modellversuch "Islamischer Unterricht" war zunächst bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 angelegt. Er hat zu guten Ergebnissen geführt. Das hat die Kollegin bereits ausgeführt. Dies zeigte die Evaluation des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung, und das zeigte auch die positive Rückmeldung, die wir vonseiten der Elternschaft, der Lehrerschaft und auch von den Schülern bekommen haben. Ich selbst habe mich von der positiven Wirkung dieses Modells an einer

Grundschule in meinem Stimmkreis überzeugen können. Dort habe ich den Unterricht miterlebt und bin der Meinung, dass hier eine großartige Arbeit geleistet wird.

Das bayerische Modell entspricht dem Bedarf der bayerischen Schulen, weil es pädagogische Funktionen erfüllt. Es vermittelt authentisches Wissen über Glaubensinhalte, auch über religiöse Traditionen, und unterstützt die Persönlichkeitsbildung. Der Unterricht legt eine wichtige Grundlage für die Wertebildung an unseren Schulen; denn muslimische Jugendliche erkennen, dass traditionelle Tugenden, moderne Menschenrechte und die Grundwerte der Demokratie keinesfalls im Widerspruch zur islamischen Glaubenslehre stehen. Nicht zuletzt trägt der islamische Unterricht zur Integration bei, vor allem dadurch, dass er in deutscher Sprache gehalten wird, was für mich ganz wichtig ist.

In all den genannten Aspekten bewegt sich islamischer Religionsunterricht im Rahmen des staatlichen Erziehungs- und Bildungsauftrags und wird der Forderung von Artikel 131 der Bayerischen Verfassung gerecht. Demnach vermittelt Schule nicht nur Wissen und Können, sondern bildet auch Herz und Charakter. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, bis hierhin sind wir uns fraktionsübergreifend einig. Doch aus meiner Sicht gilt hier ein afrikanisches Sprichwort: Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht. Unser Anliegen muss es doch sein, den beschrittenen guten Weg gemeinsam weiterzugehen. Wir sollten dabei den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun.

Gerade weil der Modellversuch so erfolgreich ist und die Qualität und Akzeptanz stimmen, sollten wir jetzt nicht überhastet vom Kurs abweichen. Der nächste richtige Schritt ist, den Modellversuch in vergleichbarem Zuschnitt mit einer neuen inhaltlichen Agenda zu verlängern, so wie es das Kabinett bereits am 20. Mai letzten Jahres beschlossen hat. Das ist logisch.

In dem Verlängerungszeitraum von fünf Jahren sollte der islamische Unterricht inhaltlich weiterentwickelt werden. Wir wollen und müssen diese Zeit nutzen, um die Lehr-

pläne nach Schularten zu differenzieren. Der Lehrplan ist qualitativ gut; er wurde aber ursprünglich nur für die Grundschulen und für die Mittelschulen konzipiert. Daher muss der Lehrplan jetzt auch für die Realschulen und Gymnasien kompetenzorientiert weiterentwickelt werden. Es wäre sinnvoll, hierfür eine Lehrplankommission am ISB einzurichten.

Wir brauchen außerdem vertiefende Materialien zur Fachsprache Deutsch wie Glossare, Handreichungen oder auch die Zulassung von Koranübersetzungen. Wir müssen für das Gymnasium eine akademische Lehrerbildung aufbauen und diese in der Lehramtsprüfungsordnung fest verankern. Die fachliche Weiterentwicklung der Inhalte erfolgt dabei in enger Kooperation mit der Universität Erlangen. Andere bayerische Universitäten haben sich bislang noch nicht für eine Einbeziehung gemeldet. Im Hinblick auf die Standorte wurde übrigens bereits eine Größenordnung erreicht, die sich sehen lassen kann. Es wurde bereits erwähnt, dass der Unterricht an 177 Grundschulen, 78 Mittelschulen, 4 Realschulen und 2 Gymnasien eingerichtet wurde. An bayerischen Grund-, Mittel- und Realschulen sind an allen Standorten alle Jahrgangsstufen ausgebaut. Deutschlandweit einzigartig ist der islamische Unterricht an den Gymnasien in Bayern.

Eine Ausweitung der Zahl der Schulen im Modellversuch von 260 auf geplant 400 ist sicher nachfrage- und bedarfsgerecht. Ich gebe aber zu bedenken: Die Stellen aus der demografischen Rendite ab dem Schuljahr 2015/2016 stehen weder unbegrenzt zur Verfügung noch können sie mehrfach verteilt werden. Hier müssen wir ehrlich sein. Wir müssen gemeinsam sehr verantwortungsvoll beurteilen und entscheiden, wie wir den Bedarf an Unterrichtsversorgung sinnvoll abdecken. Die Themen, die uns hierbei ganz besonders am Herzen liegen, kennen Sie alle: Das sind der Ganzttag, die Inklusion sowie, ganz aktuell und menschlich drängend, die Beschulung von schulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen. Die Angestelltenverträge sind dabei natürlich befristet, weil auch der Modellversuch befristet ist. Erforderlich wären in jedem Fall, auch

für befristete Angestelltenverträge, Stellenmittel aus der laufenden Personalversorgung der Schulen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, noch mehr spricht dafür, beim Thema islamischer Unterricht an unseren Schulen Schritt für Schritt verantwortungsvoll vorzugehen. Für die gewünschte Etablierung des islamischen Unterrichts als Regelangebot müsste eine zentrale Voraussetzung erfüllt sein, deren Erfüllung nicht in unserer Hand liegt. Wie Sie wissen und wie schon erwähnt wurde, setzt ein islamischer Religionsunterricht auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes eine islamische Religionsgemeinschaft als Kooperationspartner des Staates voraus. Diese muss von ihren Mitgliedern legitimiert sein und verbindliche Aussagen zu Glaubenswahrheiten machen. Sie muss die Gewähr der Dauer bieten – auch das ist wichtig - und ausreichend Mitglieder haben, um landesweit an den Schulen repräsentiert zu sein und die Bildung von Religionsgruppen zu ermöglichen, die den Klassenbildungsrichtlinien entsprechen. Die Mitglieder müssen zudem bei der Religionsgemeinschaft verwaltet werden und sind im Einzelnen den Schulen vor Ort zu melden, damit dort der Besuch des Pflichtunterrichts im Fach Religion gewährleistet werden kann. Bis sich eine islamische Religionsgemeinschaft mit festen Strukturen und mit einem konsolidierten, auf die Schule bezogenen Mitgliederstamm konstituiert, setzen wir auf Übergangslösungen wie auf den Modellversuch, der sich unstrittig wirklich fabelhaft bewährt hat.

(Beifall bei der CSU)

Das Kultusministerium hat zudem einen Runden Tisch mit Vertretern islamischer Elternvereine und der islamischen Dachverbände zum islamischen Unterricht eingerichtet. Dieser Runde Tisch soll ein wichtiges Forum bieten und der Beratung in Fragen der Inhalte und der Akzeptanz des islamischen Unterrichts dienen.

Keine Frage: Rein fachlich gesehen wäre eine Ausweitung des Modellversuchs "Islamischer Unterricht" auf alle Schulen mit einer entsprechenden Schülerstruktur durchaus wünschenswert. Aber dieser Wunsch trifft auf die bekannten verfassungsrechtli-

chen Hürden; denn eine solche Ausweitung wäre im Rahmen eines Modellversuchs nicht denkbar, sondern nur als Regelunterricht realisierbar. Der vorliegende Antrag ist deshalb abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Trautner. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER folgt Kollege Felbinger. Bitte sehr.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, über das Anliegen in der Überschrift Ihres Antrags "Islamunterricht in deutscher Sprache dem Bedarf entsprechend ausbauen" sind wir uns alle einig; aber in der Tiefe Ihres Antrags liegen die Fallstricke. Ich war in der vergangenen Woche an der Ostseeküste. Mir fällt ein passender Vergleich zum Inhalt Ihres Antrags ein: Wie bei einer Schiffsreise wissen Sie grundsätzlich, welches Ziel Sie erreichen wollen, nämlich einen Ausbau des Islamunterrichts; aber es wäre schon wichtig, dass Sie sich auch Gedanken machen, welchen Kurs Sie wählen, ob der Kompass überhaupt funktioniert und ob Wind weht. Zwingend nötig wäre auch, einen Blick auf die Seekarte zu werfen. Leider sieht es hier beim Antrag der SPD nicht mehr so gut aus. Die SPD bestimmt zwar das Ziel, wählt aber den Kurs nach dem Motto "Pi mal Daumen" und segelt einfach in die offene See los.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich auf die Gründe eingehen, warum die FREIEN WÄHLER und im Übrigen auch alle anderen Fraktionen außer der SPD dem Antrag der SPD nicht zustimmen können. Natürlich klingt das, was die SPD fordert, erst einmal gut. Sie verlangt, den Islamunterricht in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach bis zum Schuljahr 2017/2018 an allen Schularten in Bayern einzurichten. Dieses Ziel kann man sich setzen, und es ist auch wichtig, dass man sich dieses Ziel setzt. Die Fallstricke aber liegen auf dem Weg dorthin. Nach Artikel 7 des Grundgesetzes hat jede Glaubensrich-

tung Anspruch auf Religionsunterricht. Doch Absatz 3 legt fest, dass dieser in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt werden muss. Zu den rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung eines Islamunterrichts gehört also, dass sich der Staat einer Religionsgemeinschaft als Ansprechpartner gegenüber sieht, die legitimiert ist, Aussagen über die Glaubensinhalte zu treffen.

Hier liegt das Problem. Es gibt nämlich keine islamische Kirchenorganisation, die verbindlicher Ansprechpartner sein könnte. Vielmehr gliedert sich der Islam in verschiedene Strömungen und Rechtsschulen, die jeweils von ganz unterschiedlichen Verbänden repräsentiert werden. Daher wird in Bayern derzeit kein islamischer Religionsunterricht im formellen Sinne von Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes eingerichtet. Um der Nachfrage, die zweifelsohne vorhanden ist, gerecht zu werden, treten Übergangslösungen, die einem islamischen Religionsunterricht inhaltlich nahekommen, an dessen Stelle. Damit meine ich den Modellversuch "Islamischer Unterricht", den die Kollegin Trautner schon erwähnt hat. Darin besteht unserer Meinung nach ein guter und gangbarer Weg, weil der islamische Unterricht derzeit nicht auf die Erziehung im Glauben zielt, sondern Wissen über die Religion und religiöse Kompetenzen vermittelt.

Die Evaluation hat ergeben, dass das ein erfolgreiches Modell ist. Auch das wurde schon angesprochen. Die Staatsregierung hat seine Fortsetzung um weitere fünf Jahre beschlossen, was wir sehr begrüßen. Sie hat beschlossen, die Lehrpläne entsprechend zu differenzieren. All das hat die Kollegin Trautner schon ausgeführt. Das halten wir auch für richtig.

Deswegen sollten wir die Weiterentwicklungen abwarten und nicht den zweiten vor dem ersten Schritt gehen. Wir können den Inhalt der Nummer 1 des Antrags der SPD unterstützen; denn es ist wichtig, die Ergebnisse des Modellversuchs in der Fläche bekannt zu geben und den befristet angestellten Lehrkräften eine Planungssicherheit zu geben. Zudem müssen zusätzliche Stellen im Haushalt bereitgestellt werden. Dafür ist der Landtag als Haushaltsgesetzgeber zuständig.

Bei den beiden anderen Nummern können wir FREIE WÄHLER allerdings nicht mitgehen. Hier gibt es vernünftige Gründe, sie abzulehnen, Frau Kollegin Petersen. Ich muss schon darauf hinweisen: Es kann nicht sein, dass wir pauschal alle Absolventen eines Studiengangs einstellen, ohne dass irgendeine im Studium erzielte Leistung berücksichtigt wird. Wo kommen wir da hin? – Es wäre mehr als absurd, wenn wir Lehrkräfte einstellen würden, nur weil sie ein bestimmtes Fach studiert haben, und wir keinen Wert auf ihre Ausbildung in Pädagogik und Didaktik legen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Ich komme zu Nummer 3. Das Anliegen, dass an einem weiteren Universitätsstandort ein Lehrstuhl für islamischen Religionsunterricht eingerichtet werden soll, ist durchaus nachvollziehbar. Man muss aber berücksichtigen, dass darüber die Universitäten aufgrund ihrer Autonomie entscheiden. Die Zuständigkeit dafür, einen solchen Lehrstuhl einzurichten, liegt also bei den Universitäten und nicht bei der Staatsregierung. Aus diesen Gründen können wir dem SPD-Antrag leider nicht zustimmen. Ich bedanke mich aber für das Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Ich darf bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zum aufgerufenen Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt hat. – Wir fahren in der Rednerliste fort. Frau Kollegin Gote, bitte schön.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Darf ich eine Viertelstunde reden?)

- Ja, genau: fünf Minuten für die Fraktion und zehn Minuten für das Plenum.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt ziemlich genau 16 Jahre her, dass ich in meiner ersten Legislaturperiode hier mit der Kollegin Petra Münzel einen Antrag zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts gestellt habe. Seit 16 Jahren, Kolleginnen und Kollegen, verweigern Sie den

muslimischen Kindern und Jugendlichen ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Recht auf einen Religionsunterricht an unseren Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Seit 16 Jahren tun Sie dies. Sie folgen dabei immer der gleichen Argumentation. Momentan tun Sie dies auch. Sie richten sich klar nach dem Scheuer'schen Bekenntnis: Wir wollen das Christentum weiterhin privilegieren; die Gleichstellung der Religionen ist uns völlig egal. -Kolleginnen und Kollegen, das kann so aber nicht weitergehen; denn es ist, wie ich schon ausführte, ein verbrieftes Recht in der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Ich darf Sie an dieser Stelle an Artikel 136 Satz 2 der Bayerischen Verfassung erinnern.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

- Herr Freller, während ich rede, kann ich Ihnen gar nicht zuhören. Bitte lassen Sie das doch einfach. Reden Sie, wenn ich fertig bin. Dann können wir uns alle besser verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich zitiere aus Artikel 136 Satz 2 der Bayerischen Verfassung:

Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach aller Volksschulen, Berufsschulen, mittleren und höheren Lehranstalten. Er wird erteilt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft.

Sie haben in den vergangenen 16 Jahren nichts getan, um diesen Verfassungsanspruch umzusetzen. Sie tun hingegen alles, um die muslimischen Kinder und Jugendlichen mit einem Islamunterricht, der ein Religionsunterricht zweiter Klasse ist, abzu-

speisen. Sie führen immer wieder neue Argumente ins Feld, warum es angeblich nicht möglich ist, einen ordentlichen Religionsunterricht auch für diese Kinder einzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist mitnichten ein Vorreiter in Sachen Islamunterricht, wie unser Kultusminister so gern behauptet – mitnichten! Andere Bundesländer haben die von Ihnen viel zitierten und aufgebauchten verfassungsrechtlichen Hindernisse längst bewältigt. Sie haben pragmatische Lösungen gefunden, die vom Verfassungsgericht bestätigt wurden. Man kann sehr wohl einen verfassungsgemäßen Religionsunterricht einrichten und die verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten überwinden. Man müsste es nur wollen.

Ich frage Sie jetzt: Was haben Sie und Ihre Staatsregierung in den letzten 16 Jahren getan, um einen Ansprechpartner zu gewinnen? Was haben Sie zur Umsetzung des Verfassungsgrundsatzes getan? Sie stellen sich immer nur hier hin und sagen: Wir warten; es kommt keiner; es kommt keine islamische Religionsgemeinschaft; was sollen wir machen? Andere Länder haben Ihnen vorgemacht, wie es geht. Hessen hat es vorgemacht. Niedersachsen hat es vorgemacht. Nordrhein-Westfalen hat es vorgemacht. Baden-Württemberg wird es tun. Hamburg hat es gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sogar Hamburg hat bessere Lösungen als Sie gefunden. Von Beginn an haben wir Behinderungen erlebt. Schließlich hat man den Islamunterricht erfunden. Dann wurde das Problem mit Modellversuchen ausgesessen. Ich sage Ihnen eines: Mittlerweile ist es die islamische Community leid. Das Islamforum Bayern hat in seiner letzten Sitzung ausdrücklich zu diesem Thema getagt und gefordert, einen Weg zu einem ordentlichen Religionsunterricht zu finden.

Übrigens gibt es eine islamische Religionsgemeinschaft Bayern. Haben Sie sich mit denen befasst? Haben Sie überprüft, ob das Ansprechpartner sein könnten? Es liegt

ebenfalls ein Antrag von DITIB zur Anerkennung als Religionsgemeinschaft vor. Wie geht man damit um? Das hätten Sie längst machen können. In anderen Bundesländern sind die Aleviten als Religionsgemeinschaft anerkannt. All das ist möglich. Somit kann man einen Religionsunterricht einführen.

Entgegen dem, was Herr Freller immer behauptet, wollen wir GRÜNE eine fundierte religiöse Bildung an den Schulen für alle Kinder. Der Religionsunterricht für Muslime ist nicht in erster Linie ein Integrationsprojekt, er ist ein grundgesetzlich verbrieftes Recht. Es handelt sich um einen Religionsunterricht. Wir wollen religiöse Bildung, aber gleichzeitig religiöses Wissen für Kinder aller Glaubensrichtungen und für Kinder aus Elternhäusern ohne Bekenntnis fördern. Deshalb brauchen wir mehr religionskundliche Bildung. Wir brauchen an den Schulen interreligiöses und interkulturelles Lernen. Außerdem brauchen wir einen vernünftigen Ethikunterricht. In den letzten Jahrzehnten haben Sie auf diesen Feldern kläglich versagt. Bayern ist überhaupt nicht zukunftsfähig. Es wird Zeit, die Ansprüche, die unsere Kinder an eine Werteerziehung, an Ethikunterricht und religiöse Bildung haben, in Bayern umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Antrag der SPD können wir nicht zustimmen, weil er an dem Modellversuch "Islamischer Unterricht" festhält und keinen Religionsunterricht fordert. Der Antrag geht uns schlichtweg nicht weit genug. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen Moment, Frau Kollegin. Herr Kollege Lederer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Lederer, bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Frau Kollegin Gote, Sie haben uns gesagt, wie es in anderen Bundesländern aussieht. Sie haben Nordrhein-Westfalen und Hessen angeführt und gesagt, wie weit die alle schon seien. Sie haben gesagt, Bayern falle weit zurück. Können Sie mir ein Bundesland nennen, in dem mehr Schüler islamischen Unterricht

haben als in Bayern? Das würde mich interessieren. Mir liegen die Zahlen von Nordrhein-Westfalen vor: 6.500 Schüler. Mir liegen ebenfalls die Zahlen von Hessen vor: 1.180 Schüler. Ich weiß, dass wir in Bayern über 11.000 Kinder beschulen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Können Sie mir ein Bundesland nennen, das mehr Schüler im Islamunterricht aufweist als Bayern?

(Beifall bei der CSU)

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Kollege, ich finde es traurig, dass Sie meinen Ausführungen anscheinend überhaupt nicht folgen konnten.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Es gibt eine ganz einfache Antwort auf Ihre Frage: In allen Bundesländern, die einen islamischen Religionsunterricht eingeführt haben, werden mehr Kinder unterrichtet als in Bayern. In Bayern gibt es schlichtweg keinen islamischen Religionsunterricht. Es gibt nur einen Islamunterricht. Das ist kein islamischer Religionsunterricht. Das haben wir hier gehört.

(Zuruf von der CSU: Oh!)

Kolleginnen und Kollegen, diese Reaktion zeigt, wie Ihr Herz in dieser Angelegenheit wirklich schlägt. Sie äußern sich in dieser Sache unflätig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das zeigt ganz klar, dass es Ihnen nicht um die Rechte der muslimischen Kinder und Jugendlichen geht. An dieser Stelle haben Sie Ihr wahres Gesicht gezeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Gote. – Jetzt wollen wir der Staatsregierung in Person von Staatssekretär Eisenreich Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Gote, es war unnötig, diese Schärfe in die Debatte hineinzubringen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie hat die Schärfe nicht hineingebracht!)

Das ist dem Thema nicht angemessen.

Uns sind insbesondere die Persönlichkeitsentwicklung und die Werteerziehung der Schülerinnen und Schüler ein wichtiges Anliegen. Selbstverständlich gehört die religiöse Bildung dazu. Selbstverständlich sind wir noch nicht am Ziel angelangt. Wir werden den guten Weg, auf dem wir uns befinden, jedoch konsequent weitergehen und die Angebote, die wir in Bayern haben, ausweiten.

Der Modellversuch "Islamischer Unterricht" hat sich in der ersten Phase der Durchführung sehr gut bewährt. Der islamische Unterricht ist modern. Er ist integrativ. Er ist wertbildend.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigen Sie, Herr Staatssekretär. Meine Damen und Herren, in diesem Haus herrscht eine große Unruhe. Vielleicht sollte sich die Fraktion des Herrn Staatssekretärs ein bisschen mehr konzentrieren. - Danke schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Danke, obwohl die Hilfe nicht notwendig war.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wenn es nicht ruhiger ist, sind Sie für das ganze Haus schwer zu verstehen.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Das liegt ausschließlich am Mikrofon. – Der islamische Unterricht, den wir in Bayern haben, ist modern, integrativ, wertbildend und wird von den muslimischen Familien nachgefragt und geschätzt. Das zeigt die Evaluation des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung. Das bestätigen vor allem die Rückmeldungen der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern und der Schüler, die insgesamt sehr positiv ausfallen.

Hinsichtlich des Religionsunterrichts haben wir nach wie vor rechtliche Probleme. Das betrifft besonders die Anerkennung als Religionsgemeinschaft. Wir haben keinen einheitlichen Ansprechpartner in der islamischen Gemeinschaft. Für das Ziel der religiösen Bildung haben wir jedoch ein alternatives gutes Angebot geschaffen. Dieser Modellversuch ist im Übrigen auch von der Opposition sehr gut bewertet worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Weg des islamischen Unterrichts weitergehen. Wir wollen den Unterricht ebenfalls pädagogisch weiterentwickeln. Wir haben den Modellversuch mit einer erweiterten fachlichen Agenda verlängert. Das werden wir zusammen mit der Universität Erlangen-Nürnberg machen. Wir wollen die Zeit nutzen, um die Lehrpläne schulartdifferenziert weiterzuentwickeln. Nachdem für die weiterführenden Schulen die Lehrpläne in Richtung Kompetenzorientierung insgesamt überarbeitet werden, wollen wir insbesondere für die Realschulen und für die Gymnasien kompetenzorientierte Lehrpläne entwickeln. Wir haben uns die Zeit, die wir brauchen, gegeben. Wir haben diese Zeit, weil wir den Modellversuch verlängert haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist es unser Anliegen, das Angebot auch quantitativ auszubauen. Wir haben mit dem Modellversuch jetzt schon einen nennenswerten Ausbaustand erreicht. Insgesamt gibt es 260 Schulen mit diesem Angebot. Inzwischen geht das Angebot schon weit über einen Modellversuch hinaus. Wir werden die Angebote selbstverständlich weiter ausbauen. Eine Erweiterung von 260 auf 400 Schulen, wie vorgeschlagen, ist absolut wünschenswert. Wir müssen noch die

entsprechenden Finanzmittel im Rahmen des Haushalts zur Verfügung stellen bzw. prüfen, ob wir dafür die entsprechenden Mittel bekommen.

Ich danke auf jeden Fall allen Lehrerinnen und Lehrern, die an diesem Modellversuch beteiligt sind. Ich bedanke mich bei der Universität Erlangen-Nürnberg, die diesen Modellversuch durchführt und weiter eng begleitet. Ich glaube, dass wir sowohl für die Integration der muslimischen Schülerinnen und Schüler als auch für die religiöse Bildung einen guten Beitrag leisten. Unterstützen Sie uns deswegen bitte dabei, unseren konsequenten und guten Weg weiterzugehen und die entsprechenden Ausweitungen in Zukunft zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Für die CSU-Fraktion hat sich noch einmal Kollege Freller gemeldet. – Bitte sehr. Sie haben 38 Sekunden.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich nutze die 38 Sekunden, um deutlich zu sagen, dass ich selten eine solche Scheinheiligkeit erlebt habe.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt einen Parteitagsbeschluss der GRÜNEN, den Religionsunterricht generell abzuschaffen. Das war vor etlichen Jahren.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn es nach euch gegangen wäre, gäbe es hier nicht einmal mehr einen christlichen Religionsunterricht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist falsch!)

Ihr habt es später Gott sei Dank korrigiert. Aber das jetzt hochzubringen, ist scheinheilig.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Herr Freller! Es gibt jetzt eine Zwischenbemerkung von der Frau Kollegin Gote.

(Heiterkeit bei der CSU)

Karl Freller (CSU): Dann haben wir noch die Gelegenheit. Das ist recht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das hätte es überhaupt nicht gebraucht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön, Frau Gote.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Kollege Freller, Kolleginnen und Kollegen von der CSU! Gegröle und Gejohle macht die Aussagen des Herrn Freller auch nicht wahrer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Freller, es gibt keinen Parteitagsbeschluss zur Abschaffung des Religionsunterrichts an bayerischen Schulen.

Sie lügen, wenn Sie dies hier wiederholen, und ich fordere Sie auf, diese Behauptung hier und jetzt zurückzunehmen und auch in Zukunft von weiteren Falschbehauptungen in dieser Frage abzusehen. Was es gibt, ist der Beschluss, den konfessionellen Religionsunterricht beizubehalten und um religionskundliche Elemente zu erweitern.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

- Ja und, was soll denn das? Was soll denn das bitte? – Es gab und gibt keinen Beschluss, den konfessionellen Religionsunterricht abzuschaffen. Wir sind, wie ich ausgeführt habe, hier im Landtag seit 16 Jahren die wahren Förderer des Religionsunterrichts nach Artikel 7 des Grundgesetzes,

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Zurufe von der CSU: Oh!)

indem wir darauf beharren, dass alle Religionen nach dem Grundgesetz diesen Anspruch haben. Da können Sie pöbeln, solange Sie wollen.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN – Beifall bei den GRÜNEN)

Karl Freller (CSU): Liebe Frau Gote, ich bin gern bereit, Ihnen die Unterlagen dieser Diskussion zu bringen, die Sie hier – da waren Sie möglicherweise noch nicht hier – geführt haben und in deren Rahmen es eine Auseinandersetzung um den christlichen Religionsunterricht gab, der von Ihrer Seite alles andere als gefördert wurde. Dazu stehe ich. Ob es einen formalen Parteitagsbeschluss auf den Tag genau gibt - -

(Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von der CSU – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Frau Bause und Frau Gote, jetzt lassen Sie mich bitte antworten. - Ich konnte nicht mehr nachschauen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dann kann man sich nicht hinstellen und das sagen! –
Jürgen W. Heike (CSU): Und sowas ist Vizepräsidentin. Mein Gott! – Zurufe von
der CSU und den GRÜNEN – Unruhe)

Aber ich und eine Reihe von Kollegen können uns noch gut erinnern, dass es bei den GRÜNEN in der Tat eine heiße Diskussion und Erklärungen gab. Zumindest bei Ihrem Parteitag hat es eine lange Diskussion darüber gegeben, dass der christliche Religionsunterricht an bayerischen Schulen nicht mehr stattfinden soll. Wir haben damals schwer dageengehalten.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Gott sei Dank gab es bei Ihnen einige besonnene Leute – einer von Ihnen ist leider nicht mehr unter uns -, die euch noch auf einer vernünftigen Linie gehalten haben.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das war kein Parteitagsbeschluss!)

Mich ärgert sehr, dass Sie sich hier zum Gralshüter eines muslimischen Religionsunterrichts machen, den ich als Staatssekretär mit eingeführt habe, aber damals diejenigen gewesen sind, die den Religionsunterricht am liebsten aus den Schulen gehabt hätten. Dazu stehe ich, und dabei bleibe ich!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Thomas Gehring (GRÜNE): Das war damals fraktionsübergreifend!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, nur zur Erklärung: Ich habe die Zwischenbemerkung deswegen abgelehnt, weil Sie nach der Geschäftsordnung nicht eine Zwischenbemerkung für die eigene Fraktion anmelden können.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das war nur zur Klarstellung nach § 112 der Geschäftsordnung!)

Meine Damen und Herren, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir jetzt zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen für die namentliche Abstimmung stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.26 bis 19.31 Uhr)

Die fünf Minuten sind abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir kommen jetzt zur nächsten einfachen Abstimmung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abstimmungen finden in der Regel statt, wenn alle die Plätze eingenommen haben.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 14 – Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Arif Taşdelen, Martin Güll und anderer (SPD) betreffend "Islamunterricht in deutscher Sprache dem Bedarf entsprechend ausbauen" auf Drucksache 17/4809 – bekannt. Mit Ja haben gestimmt 40 und mit Nein 81 bei 27 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.04.2015 zu Tagesordnungspunkt 14: Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Arif Tasdelen, Martin Güll u. a. SPD; Islamunterricht in deutscher Sprache dem Bedarf entsprechend ausbauen (Drucksache 17/4809)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	40	81	27